

CDU-Ratsfraktion (Anfrage Nr. 2849/2012)
--

Eingereicht am 10.12.2012 um 12:30 Uhr.

Ratsversammlung 31.01.2013

Anfrage der CDU-Ratsfraktion zu den Arbeitsbedingungen in der Stadtverwaltung

Die Beschäftigten der Stadtverwaltung Hannovers klagen über eine zunehmende Arbeitsbelastung, der Gesamtpersonalrat spricht sogar von Dauer-Stress durch Personalmangel und Aufgabenzuwächse. Seitens des städtischen Personalmanagements denkt man darüber nach, eine Befragung der Mitarbeiter zu ihrem Gesundheitszustand durchzuführen, um daraus Maßnahmen für einen besseren Gesundheitsschutz abzuleiten oder externe Berater einzusetzen. Bislang bietet die Stadt Stressbewältigungsseminare, sog. Präventionskuren und Gesundheitstage an. Gleichwohl haben sich die ohnehin hohen Krankenstände wiederum erhöht.

Aufgrund einer Bundesratsinitiative der Länder Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Bremen und Brandenburg soll das Arbeitsschutzgesetz um den Schutz der seelischen Gesundheit der Beschäftigten ergänzt werden. Durch entsprechende Vorgaben an die Arbeitgeber soll hoher Stress vermieden, dem Burn-out vorgebeugt und psychische Erkrankungen verhindert werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Welche Maßnahmen werden durchgeführt bzw. sind geplant, um dem vom Gesamtpersonalrat festgestellten und beklagten Dauerstress in bestimmten Verwaltungsteilen zu begegnen?
2. Welche zusätzlichen Steuerungsmechanismen plant die Stadtverwaltung einzusetzen, um das vom Gesamtpersonalrat als Grundwiderspruch bezeichnete Spannungsverhältnis zwischen Personalmangel und Aufgabenzuwachs zu beheben?
3. Sieht die Stadtverwaltung bereits zum jetzigen Zeitpunkt Möglichkeiten, Aspekte der Bundesratsinitiative aufzunehmen und daraus geeignete Maßnahmen abzuleiten und durchzuführen?

Jens Seidel
Vorsitzender

Hannover / 11.12.2012